

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltenen Zeile oder deren Raum berechnet

### Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der langandauernde Krieg lastet schwer auf allen Völkern; die Opfer sind gewaltig, und an die Spannkraft des einzelnen im Felde und dahelme werden hohe Anforderungen gestellt. Da ist es nur zu begreifen, daß Mißmut und Unzufriedenheit ausgelöst werden.

Diese Stimmung wird leider in unverantwortlicher Weise von einzelnen Leuten mißbraucht, die die Arbeiterklasse verlocken wollen, zu Mitteln zu greifen, die nicht im geringsten geeignet sind, die Last zu erleichtern, wohl aber den Druck zu steigern.

In anonymen Flugblättern, die im Laufe der letzten Monate in Partei- und Gewerkschaftskreisen verbreitet wurden, wird versucht, Haß und Mißtrauen gegen die von den Arbeitern selbst gewählten Vertrauensleute zu säen. Gegen Männer, die seit vielen Jahren an der Spitze der Organisation der deutschen Arbeiterklasse stehen, wird der Vorwurf erhoben, daß sie die sozialistischen Grundfasse preisgeben, die Beschlüsse deutscher Parteitage und internationaler Kongresse mißachten, Parteiberrat betreiben und anderes mehr.

Diese Verdächtigungen und wüsten Schimpfereien könnte man unbeachtet lassen, wenn nicht zugleich die Arbeiterklasse zu unbesonnenen Handlungen aufgefordert und gewissenlos die Propaganda für Streiks und Massenaktionen betreiben würde, für die die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei jede Verantwortung ablehnen müssen. Durch die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages vom Jahre 1906 ist ausdrücklich die Vereinbarung mit den Gewerkschaften getroffen, daß bei politischen Massenaktionen vorher eine Verständigung und Beratung mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erfolgen muß. Wir konstatieren ausdrücklich, daß die Sozialdemokratische Partei und die Leitung der Gewerkschaftsbewegung mit dieser Propaganda nichts gemein hat; sie ist das Werk einzelner. Wohin soll es führen, wenn die Arbeiterklasse Aktionen unternehmen würde, die von Unberufenen auf eigene Faust und zwecks eingeleitet sind? Die Folgen solch unbesonnener Handlungsweise müßte jeder einzelne tragen; denn weder die Partei noch die Gewerkschaften könnten hier mit Unterstützung eingreifen.

Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, die Arbeiterklasse vor dem Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Protest- und Generaltretpostel nachdrücklich zu warnen.

Berlin, den 25. Juli 1916.

Der Parteivorstand. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Einleitung von Lohnbewegungen und Streiks ist Aufgabe der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen; sie tun zurzeit alles, um den berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder Nachdruck zu verleihen.

In der Lebensmittelversorgung bestehen außerordentliche Schwierigkeiten; wir haben nichts unterlassen, mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln die hier auftretenden Mißstände zu bekämpfen. Unausgeseht sind wir bemüht gewesen, die Leistungen der Fürsorge für die Arbeitslosen, die Kriegerfrauen, die Witwen und Invaliden zu verbessern.

Ablehnen müssen wir indes, Mittel in Anwendung zu bringen, denen von vornherein jeder Erfolg versagt ist. Deshalb haben wir auch sofort nach der Verkündung des Kriegszustandes vor unüberlegtem Handeln gewarnt unter ausdrücklichem Hinweis auf die im Kriege geltenden Strafbestimmungen. Diese Warnung erneuern wir heute, wo mehr denn je kaltes Blut und ruhige Besonnenheit am Platze sind.

Gerade jetzt, wo an allen Fronten unsere Brüder im Waffenrock unter unsäglichen Opfern dem gewaltigen Ansturm der gegnerischen Massenheere standhalten müssen, wo kurz vor der Ernte die Lebensmittelversorgung die größten Schwierigkeiten bereitet, müßte jede unbesonnene Aktion verhängnisvoll wirken und vor allem die Arbeiterklasse selbst am schwersten treffen.

Wie bisher, so muß auch im Kriege die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse aufrechterhalten werden. Das war die Stärke der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, und diese wollen wir uns auch für die Arbeit nach dem Kriege erhalten. Wenn es ernst ist mit der deutschen Arbeiterbewegung, der weise diejenigen, die die Arbeiter zu törichtigen Handlungen verleiten wollen, mit aller Entschiedenheit zurück. Wer das pflichtmäßige Streben einzelner, jedes Verantwortlichkeitsgefühls harter Personen mitmacht, oder andere dafür zu gewinnen sucht, der dient weder der Arbeiterbewegung noch der Sache des Friedens, sondern trägt eher zur Verlängerung des Krieges bei.

Unsere wichtigste Aufgabe ist aber die baldige Herbeiführung des Friedens. Dieser großen Pflicht sind sich die berufenen Körperschaften der Arbeiterbewegung bewußt und sind unermüdet bestrebt, sie zu erfüllen.

Arbeiter, steht treu zu euren Organisationen und weist alle Zersplitterungsversuche zurück!

### Bautätigkeit und Wohnungsmarkt im Jahre 1915.

(Nach amtlichen Ermittlungen.)

In den Nummern 25 und 26 des „Grundstein“ haben wir auf Grund der Angaben, die unsere Bezirksleiter für das Jahrbuch unseres Verbandes machten, über diese Frage berichtet. Inzwischen ist als Sonderbeilage zum „Meißner Arbeitsblatt“ eine amtliche Darstellung über „Bautätigkeit und Wohnungsmarkt in deutschen Städten im Jahre 1915“ erschienen. Dieser Darstellung sind zwei besondere Kapitel: „Krankenkassen und Wohnungsfürsorge“ und „Die Leistungen der Landesversicherungsanstalten auf dem Gebiete des Arbeiterwohnungsbaues“, angefügt.

Die Ergebnisse der amtlichen Ermittlungen über den Umfang der Wohnungsbautätigkeit stimmen durchaus mit dem überein, was unsere Bezirksleiter in großen Zügen berichtet haben, nur sind natürlich die amtlichen Ermittlungen vollständiger und stützen sich auf größeres Zahlenmaterial als die unserer Berichtsteller. Ueber die Lage des Baumaterials wird in dem amtlichen Bericht einleitend gesagt, der im Baugewerbe schon lange währende krankhafte Zustand habe sich während des Krieges zu einer Krise erster Ordnung ausgewachsen. Während sich die meisten andern Industriezweige mit erschlaffter Fertigkeit und Gemüthsleid den neuen Verhältnissen anpassen vermocht hätten, sei für den Baumarkt die gleiche Möglichkeit nicht gegeben gewesen. Die Förderung der öffentlichen Bautätigkeit hätte im Berichtsjahre den eigentlichen Mißstand für das Baugewerbe gebracht.

Die Hauptgründe für eine größere Neubautätigkeit bildeten der Mangel eines wirtschaftlichen Anreizes — mit andern Worten: die mangelnde Sicherheit eines ausreichenden Profits — und die Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung für den Wohnungsbau. Die Beschaffung von Kapital für den Wohnungsbau war schon seit Jahren sehr schwierig; die Auffangung der irgendeine verfügbaren Kapitalien durch die

Kriegsanleihen mußte diese Schwierigkeiten notwendigerweise noch vergrößern. Die Zuführung von Kapitalien auf den Hypothekennarkt hat fast ganz aufgehört. Zum erstenmal seit einer ganzen Reihe von Jahren ist in dem Gesamtregisterhypothekenbestand der 38 deutschen Hypothekengesellschaften ein Rückgang eingetreten. Der Rückgang belief sich auf 19,05 Millionen Mark, während noch im Jahre 1914 eine Vermehrung um 143 Millionen Mark festgestellt werden konnte. Auch der Pfandbriefumsatz der Hypothekenbanken ist um 28,62 Millionen Mark zurückgegangen, während er im Jahre zuvor noch eine Zunahme von 157,48 Millionen Mark erlebt hatte. Ebenso haben die Sparcasen und Versicherungsanstalten dem städtischen Realcredit nur wenig Kapital zuzuführen lassen, auch ihre Kapitalien wurden von den Kriegsanleihen aufgezehrt. Aus allen diesen Gründen war während des Krieges Kapital für erstellte Hypotheken nur in sehr geringem Umfange, für nachstellige Hypotheken nur in Ausnahmefällen zu haben.

In welchem Maße zum Beispiel die Bautätigkeit in Groß-Berlin zurückgegangen ist, läßt sich an dem Absatz von Mauerziegeln erkennen. Im Jahre 1910 wurden in Groß-Berlin noch 1855 Millionen Ziegel verbraucht; im Jahre 1913 war der Absatz um fast zwei Drittel gesunken, nämlich auf 678 Millionen; im Jahre 1915 aber wurden nur noch rund 200 Millionen Ziegel abgesetzt. Dagegen sind die Preise der Ziegel und anderer Baumaterialien vom Februar 1915 an außerordentlich gestiegen, und zwar bis zum April 1916 für Hintermauerziegel um 24,9 pZt., für Klinker um 18 pZt., für Mauerziegel um 22,7 pZt., für Berliner Kalksandsteine um 82,4 pZt., für Vahlgüß um 89,8 pZt., für Sandgips um 41,5 pZt. usw. Hinter der Preissteigerung für Baumaterialien steht also die Steigerung der Arbeitslöhne durch die vereinten Lohnverweigerungen immer noch weit zurück. Einen Anhaltspunkt für den Rückgang der Bautätigkeit gibt auch der Verkaufsmarkt. Im Jahre 1912 stellten die reichsdeutschen Werke noch 1 693 346 Tonnen Form-

eisen (Träger) von 80 mm Höhe und darüber her, im Jahre 1915 nur noch 612 884 Tonnen. Auch die Herstellung von Stabeisen und Bandstahl ging stark zurück. Der Umsatz auf dem Grundstücksmarkt war ebenfalls sehr gering. So wurden in Breslau nur 113 bebauete Grundstücke verkauft gegen 235 im Vorjahre und 332 im Jahre 1913. In Charlottenburg ging der Umsatz seit dem letzten Jahr vor dem Kriege auf fast ein Sechstel zurück. In Grefeld wurden 74 bebauete Grundstücke gegen 244 im Jahre 1913 umgesetzt, in Hannover 114 gegen 390, in Leipzig 173 gegen 679. Hinsichtlich der unbebauten Grundstücke zeigt sich das gleiche Ergebnis. Ebenso ging die Zahl der Baugenehmigungen für Neubauten und die Zahl der Bauabnahmen gegen das Vorjahr stark zurück. Baugenehmigungen gab es in Berlin im Berichtsjahr 189 gegen 489 im Vorjahr, in Bremen 32 gegen 852, in Charlottenburg 12 gegen 71, in Chemnitz 99 gegen 144, in Dresden 42 gegen 200, in Düsseldorf 23 gegen 287, in Hannover 31 gegen 156, in Kiel 4 gegen 62, in München 35 gegen 172, in Nürnberg 24 gegen 167, in Stettin 4 gegen 47.

Entsprechend dem Rückgang der Bautätigkeit blieb auch der Zugang an Wohngebäuden und Wohnungen stark hinter dem Zugang in früheren Jahren zurück. In 47 deutschen Städten, für die vergleichbare Angaben vorliegen, wurden errichtet:

Im Jahre	Wohngebäude	Wohnungen
1912	10 245	68 022
1913	8 072	50 169
1914	6 710	36 308
1915	2 708	14 334

Es wurden also im Jahre 1915 nur noch ein Viertel (sowie Gebäude und Wohnungen errichtet als im Jahre 1912. Der Rückgang verteilt sich auf alle 47 Städte ohne Ausnahme. In einzelnen dieser Städte ist der Rückgang noch weit empfindlicher, als der obige Durchschnitt erkennen läßt. So fand die Zahl der errichteten Wohngebäude von 1912 bis 1915 in Berlin-Schöneberg von 67 auf 2, in Bochum von 167 auf 22,





Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Monat Mai 1918.

Table with columns: Landesteile, Zahl der Mitglieder am Schluß des Monats, Zahl der Mitglieder am Schluß des Monats, Zahl der Mitglieder am Schluß des Monats, etc.

lofigkeit ist von 8,9 Tage im April auf 6,9 Tage im Mai zurückgegangen. In drei Landesteilen trafen auf einen Arbeitslosen mehr Arbeitslosentage als im April, nämlich in Württemberg 4,2, in Westfalen 2,7, in Bayern 0,8 Tage.

Bei den Hüttenarbeitern hat das Verhältnis der Arbeitslosigkeit wie im April so auch im Mai gegenüber dem Vormonat um das Doppelte zugenommen. Bei allen anderen Berufen ging die Arbeitslosigkeit zurück, am stärksten bei den Maurern, Hüttenarbeitern und Betonarbeitern.

Ueber die im Mai ausgezahlte Arbeitslosenunterstützung unterrichten folgende Angaben:

Table with columns: Nummer des Bundesgebietes, Unterer Mittelgürtel, Unterer Mittelgürtel, etc.

Table with columns: Monat, Arbeitslos waren, im Monat, von Anfang bis Ende, etc.

Table with columns: Gesamtzahl, Unterer Mittelgürtel, Unterer Mittelgürtel, etc.

Wie im April, so war das Verhältnis der Arbeitslosigkeit zur Mitgliederzahl auch im Mai bedeutend geringer als vor einem Jahre. Am Monatschluß sogar um mehr als das Dreifache. Auf je 100 talendarmige Werttage kamen diesmal 0,7 Arbeitslosentage; von den 27 Werttagen des Mai sind das 0,2 Arbeitslosentage.

Die „Sozialdemokratische Feldpost“ erscheint jetzt in über 30 000 Exemplaren. Der Verlag macht darauf aufmerksam, daß es sich empfiehlt, das Blatt bei der Feldpost oder bei anderen Poststellen zu abonnieren, und zwar nicht nur, um der Sache zu dienen, sondern auch deshalb, weil infolge der gesetzlichen Bestimmungen die Verwendung von Freieigentum wahrscheinlich ganz eingestellt werden muß.

Table with columns: Monat, Arbeitslos waren, im Monat, von Anfang bis Ende, etc.

Saklose Angriffe gegen die deutschen Bauarbeiter erlaubt sich in der neuesten Nummer der „Deutschen Arbeiterzeitung“ ein ungenannter, aber offenbar recht gewissenhafter Mensch. Die Redaktion stimmt dem Anonymus zu. Wie werden die Angriffe unseren Kollegen in der nächsten Nummer des „Grundstein“ zur Kenntnis bringen; in dieser Nummer steht uns der Raum dazu; wir möchten aber wenigstens heute schon auf den Artikel aufmerksam gemacht haben. Er trägt bezeichnenderweise die Überschrift: „Der Stief der inneren Bedenken?“

und Weimar. In Rastha und Bismarck haben die Unternehmern nur 2,4 gesteuert. In dem Schreiben, das der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Reichsleiter Kreise auf erfolgte Vorstellung an unsere Zweigvereine Weida und Neustadt a. d. Orla gerichtet hat, begründet er sein Verhalten folgendermaßen:

Nachdem Sie am 31. März dieses Jahres den Tarifvertrag für Neustadt und Weida und Umgebung haben ablaufen lassen und sich damals nicht bemüht haben, denselben zu verlängern, haben wir uns mit diesem Zustande einverstanden erklärt und sind es auch heute noch. Unsere Arbeitsbedingungen, welche dem bisherigen Tarifvertrag vollständig entsprechen, sind Ihnen durch Ausübung bekannt geblieben. Ebenso haben wir eine freiwillig ab 15. März gestellte Kriegszulage von 5 1/2 bezugslos gemacht 4 1/2 die Stunde, welche Sie jederzeit ablehnten, weitergezahlt und werden sie auch in Zukunft bis zum Eintritt anderer Verhältnisse weiterzahlen. Weitere Kriegszulagen ab 1. Juli und 1. September dieses Jahres zu zahlen, müßten wir leider ablehnen, da in unserer Gegend kein Grund besteht, derartig hohe Feuerzuzulagen, welche vielfach in großen Städten angebracht sind, zu gewähren. Unsere Arbeitskräfte wohnen alle auf dem Lande und sind fast ausschließlich Selbstverfolger, so daß eine fähigere Feuerzuzulage, welche die von Ihnen verlangten weiteren Zulagen begründen sollen, für sie nicht zutrifft. Wir haben deshalb keine Veranlassung, die geringe Bautätigkeit, welche in unserem Kreise ein ganz kümmerliches Dasein findet, durch unbegründete Zulagen erheblich zu verteuern oder sie ganz zum Stillstand zu bringen. Letzteres liegt weder in Ihrem noch in unserem Interesse. Die Einberufung der Schlichtungskommission erübrigt sich deshalb nach obigen Ausführungen.

Die Einwanderung ausländischer Arbeiter nach dem Kriege. Die unbedingt notwendige Erleichterung dieser Frage ist erst durch die Kriegserklärung der italienischen Regierung an Österreich in Fluß gekommen; aber nicht deshalb, weil das italienische Militär gegen uns geföhrt wird, oder weil bei uns eine Abneigung gegen das italienische Volk besteht. Der italienischen Regierung ist nur zu gut bekannt, ein unwarmer großer Teil des italienischen Volkes sich seinen Lebensunterhalt im Ausland suchen muß, und was das in volkswirtschaftlicher Hinsicht bedeutet. So erfuhr ich erst dieser Tage durch einen Kollegen von einem Beisitzeramt aus einem Ort, wo größere Arbeitslosigkeit herrscht, daß dort der größte Teil der dort befristeten Arbeiter nicht weniger als 30 000 wöchentlich nach Hause schickten. Obwohl eine solche Summe, während deutsche Arbeiter spezialieren gehen und ihre Angehörigen hungern müßten, ohne daß von uns etwas bezogen Stellung genommen worden wäre. Daß durch die Ausfuhr solcher Arbeitskräfte die wirtschaftlichen Verhältnisse des Inlandes leiden und daß sie dem Ausland zugute kommen, liegt auf der Hand. Bei den organisierten und nicht organisierten Arbeitern, die mit mir zumeist in schriftlich verleşen, besonders bei unseren Kollegen, habe ich seit der Kriegserklärung Italiens eine ständige Mißgunst gegenüber diesem Land wahrgenommen, die sich oft in sehr abfälligen Bemerkungen zeigt hat. Auch die Diskussion im „Grundstein“ deutet darauf hin. Doch eine unsere Mißgunst der italienischen Regierung und nicht der Arbeiter. Wohlgedenkt kann von einer Geföhderung der internationalen Beziehungen durch die Geföhderung dieser Frage keine Rede sein. Und wenn man doch so wäre, so geben uns ja die feindlichen Regierungen dazu die Veranlassung. Vielleicht waren auf der Pariser Wirtschaftskonferenz auch hervorragende, uns bekannte Per-

sonnen, die sich einzelne Unternehmer und ganze Unternehmerorganisationen gegenüber den Arbeitern erlauben, wenn diese nicht kraftvoll und entschlossen ihre Rechte verteidigen und wenn sie nicht nötigenfalls auch zum Mittel der Arbeits-einstellung greifen, liefert die jetzige Zeit tagtäglich Beweise. In der vorigen Nummer des „Grundstein“ ist eine ganze Liste von Orten im Bezirk Nürnberg veröffentlicht worden, wo alle oder ein Teil der Unternehmer die vertraglich festgesetzten Feuerzuzulagen nicht zahlen. Heute müssen wir mitteilen, daß sich auch in dem Bezirk Erfurt die Unternehmer mehrerer Orte weigern, die fälligen Feuerzuzulagen zu zahlen. Es sind das die Unternehmern in Gerstfurt, (S)menau, Neustadt, Saalfeld, Saalfeld, Saalfeld, Weimar

Table with columns: Monat, Arbeitslos waren, im Monat, von Anfang bis Ende, etc.

